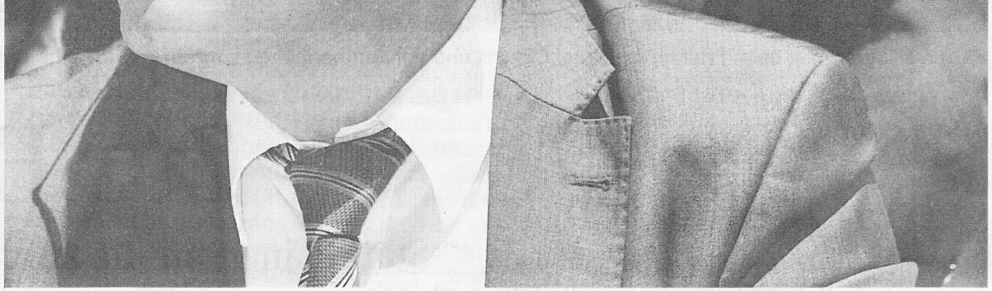
Die Gräben sind tief

Es ist kein Geheimnis, dass die Gräben zwischen den verschiedenen Strömungen, zwischen sogenannten Fundamentalisten und Reformern, tief sind. Immer wieder sind die Genossen in der Vergangenheit mit Vorliebe über die eigenen Parteifreunde hergefallen. Das soll sich nun ändern. Schon Parteichefin Gesine Lötzsch hatte am Freitag in ihrer Rede gemahnt: „Die Empörung über andere Genossen sollte nie größer sein als die über die sozialen Verhältnisse." Und die Parteilinke Sahra Wagenknecht, Vizechefin der Linken und nicht unbedingt konfliktscheu, forderte ein „Programm, das uns eint, und nicht eines, das uns spaltet".

Monatelang wurde im Vorfeld des Parteitags um Formulierungen gerungen, ein wahrer Kraftakt. Wagenknecht bezeichnete es als „unglaublich", dass es überhaupt gelang, einen Konsens zu finden. Doch mehrere Punkte blieben heikel. Dazu gehörte die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Agnes Alpers, Bundestagsabgeordnete aus Bremen, zeigte sich denn auch „sehr froh" darüber, dass der gefundene Kompromiss gestern beschlossen wurde.

Besonders strittig war von Anfang an die Frage der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Kern geht es darum, ob sie generell abgelehnt werden oder humanitäre Hilfseinsätze auch weiterhin möglich sein sollen. Oskar Lafontaine, einer der Gründungsväter der Linken, hatte als Kompromiss – und wohl auch, um die SPD mit der Vereinnahmung ihres ehemaligen Vorsitzenden zu ärgern – ein Willy-Brandt-Korps für den Katastrophenschutz vorgeschlagen. Gestern musste Lafontaine, der auch nach seinem Rückzug aus der Bundespolitik immer noch eine Galionsfigur der Partei ist, noch einmal sein Gewicht in die Waagschale werfen. Nachdem einige Abgeordnete das Paket noch einmal aufschnüren wollten, ging er ans Mikrofon: „Ich bitte euch, die Debatte nicht mehr aufzumachen, sondern dem Kompromiss zuzustimmen." Mit Erfolg – der Deckel blieb drauf.



Fraktionschef Gregor Gysi (vorne) und Oskar Lafontaine versuchten, die Programmdebatten nicht zu weit ausufern zu lassen. FOTO: DPA

Wahrscheinlich waren die Delegierten in Anbetracht der oft nur noch schwer nachvollziehbaren Abstimmungen zu Anträgen und ihren vielen Änderungen glücklich, endlich mal wieder Klartext zu hören. Und Gregor Gysi ließ keine Wünsche offen. Der Fraktionschef, wahrscheinlich der begnadetste Redner der Linken, versteht es wie kaum ein anderer, die Partei hinter sich zu versammeln – und vor allem Politik zu übersetzen. Er schlug einen Bogen vom bisherigen schlechten Erscheinungsbild der Partei, über die Finanzkrise, die Kriege in der Welt und die SPD, um letzten Endes wieder bei der Linken zu landen. Der bierernsten Sicht auf die vielen Probleme der Welt stellte Gysi Selbstironie und Wortwitz entgegen, dem verquasten Politiker-Deutsch eine einfache – und vereinfachende – Sprache, der oft bürokratisch anmutenden Antragseinbringerei Emotionen. Kurz: dem Hirn das Herz.

Die Partei fühlt sich durch die Finanzkrise in ihren Aussagen bestätigt und verspürt durch die weltweite Occupy-Bewegung Rückenwind. Doch das muss beim Bürger auch ankommen. Gysi weiß – und sagte auch –, dass man die Wähler weniger über verschwurbelte Formulierungen als vielmehr über prägnante Aussagen erreicht. „Warum können wir aus unserem Programm nicht mal Prosa machen?", fragte er rhetorisch. Und er machte es vor: Als „verlogenen Mist" bezeichnete er die Nato-Luftangriffe in Libyen, während Syrien ungeschoren davonkommt. Die SPD könne sehr wohl wieder ein Koalitionspartner sein – wenn sie „völkerrechtswidrige Kriege beendet, die Agenda 2010 beerdigt und sich entschuldigt". Und den „Kapitalismus stellen nicht wir infrage, sondern die Zockerbanken tun es". Gysi war in seinem Element: Er komprimiert komplexe Zusammenhänge, damit am Ende die Pointe stimmt und ihn der vielbeschworene kleine Mann auch versteht.

Und kam er an? Ein 53-Jähriger, der für sieben Euro Stundenlohn bei einer Reinigungsfirma arbeitet und in der Erfurter Messehalle saubermacht, kann der Linken jedenfalls viel abgewinnen. „Die tun was dafür, dass auch Ältere noch eine Arbeit finden." Meint er also, dass die Partei auch für mehr Jobs sorgen könnte? „Hm, das weiß ich auch nicht."